

dfi Hintergrund

Sind Frankreichs Renten sicher?

dfi Diskussion

Neue Funktionen in der deutsch-französischen Kooperation

dfi Jahrestagung

Kulturelle Vielfalt gestalten

Partner des dfi

Europäische Geometrie im Weimarer Dreieck

Harmonie im Duett ist zu wenig Deutschland und Frankreich müssen EU-Partner überzeugen

Keine Frage: das deutsch-französische Verhältnis ist besser denn je. Nachdem beide Partner im Januar dieses Jahres ihren politischen Willen erneuert haben, bei der Meisterung der schwierigen in Europa anstehenden Fragen eng zusammenzuarbeiten, scheint der viel beschworene Motor der europäischen Integration wieder rund zu laufen.

Zudem ist mit dem kürzlichen Gipfel in Berlin ein neues Kapitel der Zusammenarbeit aufgeschlagen worden. Mit den regelmäßigen deutsch-französischen Ministerräten und der Ernennung von Hans Martin Bury und Noëlle Lenoir als Regierungsbeauftragte sollen die Arbeit effektiver und die Projekte nachhaltiger umgesetzt werden. Ob damit, wie erhofft, eine neue Qualität der Kooperation erreicht wird, muss sich indessen noch zeigen.

Gewicht erlangen, führt kein Weg an der mühseligen, ebenso geduldigen wie beharrlichen Arbeit vorbei, die Positionen zusammenzuführen. Deshalb ist es ermutigend, dass Chirac und Schröder das Gespräch mit Tony Blair gesucht haben, um zu mehr Gemeinsamkeiten zu kommen.

Und in der Wirtschafts- und Währungspolitik? Solange die beiden stärksten Ökonomien des Euroraumes lahmen, wird auch die europäische Wirtschaft kaum an Dynamik gewinnen. Solange Frankreich und Deutschland die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes eklatant verletzen, haben ihre Ratschläge ein Glaubwürdigkeitsproblem – von der unnötigen und schädlichen Polemik der französischen Regierung mit der EU-Kommission in dieser Frage einmal ganz abgesehen. Und solange die Entschlossenheit und die Fähigkeit beider Ökonomien, ihre strukturellen Probleme durch Reformen zu überwinden, nicht durch Taten sichtbar wird, kann auch kein Vertrauen in die Nachhaltigkeit des erwarteten Aufschwungs entstehen.

So gesehen, waren nicht die in den Medien vieldiskutierten Investitionsprojekte das Interessanteste an der in Berlin vorgelegten deutsch-französischen Wachstumsinitiative. Es war vielmehr das, was Gerhard Schröder zu Recht als „Dreiklang“ bezeichnet hat: Neben dem erhofften – aber durchaus fraglichen – Investitionsschub sind die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und die Strukturreformen in beiden Ländern unerlässlich, um mehr Wachstum in Europa zu erreichen.

Dies unterstreicht einmal mehr, wie eng die innenpolitischen Agenden mit den europäischen Projekten verknüpft sind, wie sehr die gegenwärtigen Reformdebatten in Deutschland und Frankreich auch eine europäische Dimension haben. Umgekehrt und auf einen Nenner gebracht: Europäische Glaubwürdigkeit beginnt zu Hause. Ein spannendes Thema für künftige gemeinsame Kabinettsitzungen!

Henrik Uterwedde ([uterwedde@dfi](mailto:uterwedde@dfi.de))



Deutschland und Frankreich ziehen am gleichen Strang – doch die eigentliche Herausforderung besteht darin, Interessen auszugleichen und Wege zu finden, die von den EU-Partnern akzeptiert werden. Das Foto entstand am 20. September beim „Dreier-Gipfel“ vor dem Kanzleramt in Berlin. Foto: dpa

Denn die Aufgaben sind anspruchsvoller geworden. Die entscheidende Frage ist nicht mehr, ob und inwieweit Berlin und Paris am gleichen Strang ziehen; vielmehr kommt es auf die Qualität der europäischen Initiativen und Projekte an: ihre Fähigkeit, Interessen auszugleichen und Wege vorzuschlagen, die auch von den EU-Partnern akzeptiert werden können. Denn ein deutsch-französischer Gleich-

klang ist längst keine hinreichende Bedingung mehr, um Fortschritte in der europäischen Integration zu erzielen.

Dies wurde deutlich in der Irak-Krise, wo die gleichgerichtete Haltung Frankreichs und Deutschlands nicht verhindern konnte, dass die EU in dieser Frage tief gespalten war. Reflexe, eine kleineuropäische „Koalition der Willigen“ mit deutsch-französischem Kern herbeizuführen, sind verständlich, führen aber nicht weit – ebensowenig wie das öffentliche Abkanzeln der proamerikanischen Haltung von Beitrittsstaaten wie Polen durch die französische Regierung. Will Europa außenpolitisch mehr

6. bis 12. Oktober

Seminar für französische Journalisten „Deutschland im Wandel - Reformen in Wirtschaft und Gesellschaft“, Weimar/ Erfurt/ Berlin

23. und 24. Oktober

Seminar für französische Regionaljournalisten „Deutschland und Frankreich vor großen aktuellen Herausforderungen“, Toulouse

26. Oktober bis 1. November

Seminar für deutsche und französische Studenten, Ludwigsburg

11. Dezember

Mitgliederversammlung mit Vortragsveranstaltung, Ludwigsburg

Weitere Informationen bei Hannelore Braun (braun@dfi.de)

Sind Frankreichs Renten zukunftssicher?

Reform Raffarin auf dem Prüfstand

Im Juli 2002 mit dem Regierungsantritt angekündigt – im Juli 2003 als Gesetz verabschiedet: Innerhalb von nur zwölf Monaten hat der französische Premierminister Raffarin eine Rentenreform durchgesetzt, die den jahrelangen Stillstand beendet hat.

In der Tat: Seit mehr als sieben Jahre war die Rentenreformpolitik in Frankreich faktisch außer Kraft gesetzt. Das Thema war politisch offensichtlich zu brisant, seit 1995 der damalige Premierminister Alain Juppé mit einer großen Sozialstaatsreform scheiterte. Das Kernstück, ein Umbau des Rentensystems, löste im Herbst 1995 eine heftige Streikwelle aus, die letztlich auch zum Sturz von Juppé führte. Die Vorhersage von Michel Rocard aus dem Jahr 1991 schien sich zu bestätigen: Die Reform der Alterssicherung berge genügend Sprengstoff, „um fünf oder sechs Regierungen zu stürzen.“ Für Juppé erfüllte sich diese Prophezeiung, der Sozialist Lionel Jospin packte das heiße Eisen in seiner Regierungszeit gar nicht erst an und hinterließ Jean-Pierre Raffarin die wohl heikelste innenpolitische Aufgabe seiner Amtszeit.

system und aus mehr als dreihundert teilweise oder vollständig autonomen Sondersystemen. Davon sind die Versorgungssysteme des Öffentlichen Dienstes die wichtigsten. Ihre Beschäftigten sind in einigen Bereichen deutlich bevorzugt: Sie müssen nur 37,5 Jahre für ihre Vollrente arbeiten, die 75% ihres letzten Gehalts beträgt. In der Privatwirtschaft zahlen die Arbeiter und Angestellten 40 Jahre für ihre Altersbezüge, die 60 % des durchschnittlichen Gehalts der letzten 25 Jahre umfassen. Das gesamte System ist also nicht nur sehr komplex, sondern kennt auch sehr unterschiedliche Regelungen: je nach Sondersystem differieren die Altersgrenze, die Beitragssätze, die Berechnungsgrundlagen der Renten usw. Das hat dazu geführt, daß sich unterschiedliche „Besitzstände“ herausgebildet haben. Veränderungen, die diese tangieren, treffen auf den erbitterten Widerstand der betroffenen Gruppen.

Der Kern der nun verabschiedeten Reform der Regierung Raffarin besteht in einer Angleichung der Regelungen der öffentlichen Dienstes an die der privaten Wirtschaft und zwar was die Dauer der Beitragszahlungen zur Erlangung einer Rente zum vollen Satz betrifft. Schrittweise bis 2008 werden die notwendigen Beitragszeiten auf 40 Jahre heraufgesetzt; in einem zweiten Schritt bis 2020 sollen dann die Versicherungsdauer auf einheitlich 42 Jahre verlängert werden. Verschärft wird diese Neuregelung für den öffentlichen Dienst durch die Einführung von Abschlägen bei vorzeitigem Rentenbeginn.

Frankreich hat damit in einem wichtigen Bereich des Rentensystems die Ungleichbehandlung zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor aufgehoben. Zugleich wurde dem Alterungsprozess der Gesellschaft durch eine verlängerte Beitragszeit Rechnung getragen. Faktisch bedeutet das eine Heraufsetzung des Renteneintrittsalters. Ob dies ausreichend ist, um das System zukunftsfest zu gestalten wird vor allem von der zukünftigen Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung abhängen. Offen bleibt auch, wie mit den zahlreich weiter bestehenden Sondersystemen verfahren werden soll. Und schließlich beinhaltet die Reform Raffarin kaum neue Ansätze wie beispielsweise eine Ergänzung durch stärker eigenständige Vorsorgeleistungen. Kurz: Ein erster wichtiger und notwendiger Schritt ist gemacht – weitere müssen und werden folgen.

Wolfgang Neumann (neumann@dfi.de)



„Was erfahre ich da? Ihr habt während meines Urlaubs das Loch in der Sozialversicherung gestopft und das Rentenproblem gelöst?“

Die Karikatur spielt auf die 13.000 – meist älteren – Hitzetoten an, die Frankreich während der Sommermonate zu beklagen hatte. In diesem Zusammenhang war die Regierung Raffarin und dabei besonders Gesundheitsminister Mattei in die Kritik geraten – aber auch Präsident Chirac, der sich während seines Kanada-Urlaubs nicht öffentlich zur Hitzewelle in Frankreich geäußert hatte. Karikatur von Wiaz, „Le Nouvel Observateur“, veröffentlicht mit freundlicher Genehmigung des Verlages. (© [Le Nouvel Observateur](http://LeNouvelObservateur.com))

Dieser Reformstillstand war um so belastender, als dringender Handlungsbedarf bestand: Der strukturelle Alterungsprozess der französischen Gesellschaft kommt ebenso wie in Deutschland und den anderen europäischen Ländern einer demografischen Revolution gleich – mit den bekannten Folgen für die Alterssicherungssysteme. Deren Finanzierbarkeit wird – ebenso wie in der Bundesrepublik – zusätzlich durch eine hohe Arbeitslosigkeit deutlich belastet. Und schließlich stellt sich in Frankreich ein Sonderproblem, das in der Architektur der französischen Alterssicherung selbst begründet ist: Die französische Rentenversicherung besteht aus einem Grundsystem, einem obligatorischen Zusatzversicherungs-

Neue Funktionen in der deutsch-französischen Kooperation

Staatsminister Bury und Europaministerin Lenoir

diskutierten in Ludwigsburg über Herausforderungen der deutsch-französischen Zusammenarbeit

Anlässlich des 40. Jahrestages des Elysée-Vertrags wurden sowohl inhaltlich als auch strukturell neue Pflöcke im Feld der bilateralen Zusammenarbeit eingeschlagen. An die Stelle der halbjährlichen Gipfeltreffen treten gemeinsame Kabinettsitzungen, und die Koordinierung und Pflege der Nachhaltigkeit der bilateralen Kooperation obliegt nunmehr den neuen Regierungsbeauftragten für die deutsch-französische Zusammenarbeit, Staatsminister Hans Martin Bury und Europaministerin Noëlle Lenoir.



Am Ende ihres ersten offiziellen Arbeitstages in der neuen Funktion kamen die beiden Minister am 26. Juni nach Ludwigsburg, um im bis auf den letzten Platz gefüllten Ordenssaal des Schlosses mit dem Direktor des dfi über die Neuerungen und die größten Herausforderungen der deutsch-französischen Zusammenarbeit zu diskutieren. Im Mittelpunkt standen erwartungsgemäß der europäische Verfassungsvertrag, die anstehende Erweiterung sowie die besondere Rolle Deutschlands und Frankreichs im europäischen Vertiefungsprozess.

Staatsminister Hans Martin Bury (links) und Europaministerin Noëlle Lenoir diskutieren mit dfi-Direktor Prof. Frank Baasner über die besonderen Herausforderungen, die die anstehende EU-Erweiterung an die deutsch-französische Zusammenarbeit stellt. Die anschließende Pressekonferenz (Bild unten) stieß auf großes Medieninteresse.



Der Diskussionsabend bildete den Auftakt zur Jahrestagung des dfi, die sich dieses Jahr mit der Problematik interkultureller Kommunikation in der deutsch-französischen Zusammenarbeit

in verschiedenen beruflichen Umfeldern befasst hat. Je intensiver die Kooperation in allen privatwirtschaftlichen und öffentlichen Sektoren ist, umso wichtiger ist die gegenseitige

Kenntnis von Arbeitsstilen, kommunikativen Gewohnheiten und gesellschaftlichen Gepflogenheiten.

Frank Baasner (baasner@dfi.de)

dfi Jahrestagung

Kulturelle Vielfalt gestalten

Forschung und Praxis zur deutsch-französischen interkulturellen Kommunikation

Welche Rolle spielt in einer zunehmend verzahnten und durch vielfältigen Austausch geprägten Welt die Zugehörigkeit zu einer kulturellen Gruppe, Region oder Nation bei der Zusammenarbeit? Können wir überhaupt innerhalb Europas von unterschiedlichen Nationalcharakteren sprechen, ohne Gefahr zu laufen, durch das als gegeben gesetzte a priori alter (politisch) konstruierter kultureller Nationen auf dem Leim zu gehen?

Dieser grundsätzlichen Problematik, die mit dem sehr breiten Forschungsfeld „Interkulturelle Kommunikation“ verbunden ist, steht eine vielfältige Erfahrung mit der täglichen Arbeit (im privatwirtschaftlichen wie im öffentlichen Bereich) gegenüber, die das Fortbestehen von

„typischen“ Verhaltensweisen zu bestätigen scheint. Beide Pole in diesem Spannungsfeld müssen ernst genommen werden.

Der Sonderfall deutsch-französischer Kommunikation ist hierbei besonders intensiv erforscht worden und zahlreiche praktische Trainingsangebote beziehen sich auf die deutsch-französische Kommunikation. Das dfi hat die Omnipresenz des Themas (das zur Modeerscheinung geworden ist) zum Anlass genommen, Praktiker und Theoretiker verschiedener Disziplinen zusammen zu bringen, um eine Bilanz des heutigen Wissens zu ziehen. Welche Erkenntnisse können als gesichert gelten? Halten die allgemeinen Aussagen den Erfahrungen der Praxis stand? Ist die Verständigung zwischen so unterschiedlichen Diszipli-

nen wie Psychologie, Soziologie, Linguistik, Betriebswirtschaftslehre und Anthropologie möglich? In vier Sektionen (Verwaltungskulturen, Unternehmenskultur, Interkulturelle Kompetenz, Verhandlung) und in Plenarvorträgen wurden einige Kernbereiche der Thematik bearbeitet.

Mehr als 100 Teilnehmer aus Frankreich, Deutschland und weiteren europäischen Ländern nahmen an den Diskussionen teil. Die Ergebnisse der Tagung, die von der Allianz Kultur Stiftung und der Robert Bosch Stiftung gefördert wurde, werden als Tagungsakten in französischer Sprache und in Auszügen (in deutscher Sprache) im Frankreich-Jahrbuch 2003 erscheinen.

Frank Baasner (baasner@dfi.de)

Impressum

© 2003
 Deutsch-Französisches Institut
 Asperger Straße 34
 D-71634 Ludwigsburg
 Tel +49 (0)7141 93 03 0
 Fax +49 (0)7141 93 03 50
www.dfi.de
 eMail info@dfi.de

Redaktion: Deutsch-Französisches
 Institut in Zusammenarbeit mit
 Daniel Ohl, Esslingen
 Gestaltung: Patricia Müller, Berlin

Personalien

Dr. Kurt J. Lauk, Präsident des dfi Ludwigsburg, ist an der European Business School in Reichartshausen/Elville zum Honorarprofessor für Internationale Unternehmensführung bestellt worden.



Dr. Henrik Uterwedde, stellvertretender Leiter des dfi, ist von der Universität Stuttgart zum Honorarprofessor bestellt worden. Er lehrt vergleichende Wirtschaftspolitik am Institut für Sozialwissen-



schaften und ist besonders engagiert in einem deutsch-französischen Studiengang in Verbindung mit dem Institut d'Etudes Politiques in Bordeaux. Mit dieser Berufung wird die seit einigen Jahren bestehende Kooperation des dfi mit der Universität Stuttgart weiter vertieft.

Buchtipps

Nicolas Baverez: La France qui tombe: un constat clinique du déclin français, Paris: Perrin 2003.

Der bekannte Publizist und überaus erfolgreiche Wirtschaftsanwalt Nicolas Baverez hat seinen sehr kritischen Kommentaren zur französischen Politik eine Buchpublikation zur Seite gestellt. Ein Alarmruf, eine harte Abrechnung mit der französischen Staatsgläubigkeit und einer kontraproduktiven Verschuldungspolitik, und die düstere Vision eines marginalisierten Frankreichs: das Buch ruft naturgemäß heftige Reaktionen hervor. Für alle Kenner der französischen Politik eine anregende und provozierende Pflichtlektüre.

Europäische Geometrie

Eine Tagung zum „Weimarer Dreieck in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“ fand am 12. und 13. September im Berlin-Brandenburgischen Institut für Deutsch-Französische Zusammenarbeit in Europa in Genshagen statt.

Der „Mantel der Geschichte“ war zu spüren im Genshagener Schloss, als die ehemaligen Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Polens, Hans-Dietrich Genscher, Roland Dumas und Krzysztof Skubiszewski, aus der Zeit unmittelbar nach dem Fall des Eisernen Vorhangs berichteten. Im Jahr 1991 waren sie es, die stellvertretend für ihre Regierungen in Weimar ein Protokoll unterzeichneten und damit das sogenannte Weimarer Dreieck aus der Taufe hoben. Im Vorfeld des Irak-Krieges hat das Weimarer Dreieck jedoch versagt, eine Abstimmung der Positionen oder auch nur Konsultationen über die Haltung der drei Staaten fanden nicht statt. Während Deutschland und Frankreich sich gegen die Politik der Vereinigten Staaten stellten, war Polen einer der Unterzeichner des Briefes, in dem acht europäische Staats- und Regierungschefs dem amerikanischen Präsidenten ihre Unterstützung zusagten. Für diese Äußerung des politischen Willens seiner Regierung handelte sich Polen die in Form und Stil bemerkenswerte Rüge durch den französischen Präsidenten ein, auf die Deutschland weder positiv noch negativ reagierte.

Angesichts dieser wechselvollen Entwicklung des primär als Dialogforum konzipierten Wei-

marer Dreiecks stellt sich heute die Frage, welche Funktion diese Konsultationen in Zukunft haben können. Antworten auf diese Frage zu finden versuchte die Genshagener Tagung unter dem Titel „Frankreich-Deutschland-Polen. Trilaterale Zusammenarbeit mit Substanz?“.

Politiker, Wissenschaftler und Fachleute aus Wirtschaft, Kultur und Medien aus den drei Ländern diskutierten neben Erfolgen und Misserfolgen der bisherigen Konsultationen politische und wirtschaftliche, kulturelle und gesellschaftliche Aspekte der trinationalen Zusammenarbeit besonders im Hinblick auf die Zukunft der Europäischen Union und ihre Rolle in der Welt. Die Gesamtbilanz fiel vorsichtig optimistisch aus.

Die Funktion des Weimarer Dreiecks hat sich verändert – mit NATO- und baldiger EU-Mitgliedschaft Polens stehen sich in Zukunft auf der internationalen Bühne drei gleichberechtigte Staaten gegenüber, deren intensive Zusammenarbeit das Projekt der Europäischen Integration entscheidend voranbringen kann. Ein gewisses Misstrauen Polens gegenüber einer möglichen Dominanz einer Achse Frankreich-Deutschland und der von französischer und deutscher Seite zuweilen gehegte Verdacht, dass Polen die Rolle eines trojanischen Pferdes für die Vereinigten Staaten spielen könnte, müssen noch überwunden werden, bevor eine mögliche Motorfunktion des Weimarer Dreiecks zum Tragen kommen kann.

Eva Hommer

Deutsch-Französisches Forum

Am 24. und 25. Oktober 2003 findet in Straßburg das 5. Deutsch-Französische Forum statt. Die Veranstaltung, Stellenbörse und Studienmesse zugleich, ist eine Initiative der deutsch-französischen Hochschule sowie der Außenministerien Deutschlands und Frankreichs.

Unternehmen haben während der beiden Messetage die Möglichkeit, hochqualifizierte Absolventen mit binationaler Studien- und Berufserfahrung anzutreffen. Zur besseren Vorbereitung von Bewerbungsgesprächen stellen die Organisatoren eine Internet-Datenbank zur Verfügung, aus der eine Vorauswahl getroffen werden kann. Integrierte deutsch-französische oder trinationale Studiengänge und ihre Zukunftsperspektiven, deutsch-französische Programme, Fördermöglichkeiten, Auslandsaufenthalte während

des Studiums – auf diese und anderer Fragen haben die auf dem Forum vertretenen Hochschulen und Unternehmen eine Antwort parat.

Abgerundet wird die Messe durch ein Rahmenprogramm, das in Podiumsdiskussion und Informationsveranstaltungen Themen zu Studium und Arbeit in beiden Ländern behandelt.

Weitere Informationen sowie Anmeldeunterlagen für Aussteller können angefordert werden bei:

Deutsch-Französisches Forum
 8, rue des écrivains
 F-67000 Strasbourg
 Tel. +33 (0)3.90.22.15.00
 Fax. + 33 (0)3.90.22.15.01
 e-mail: info@deutsch-francoes-forum.org
www.deutsch-francoes-forum.org